

Informationen zum Thema Steuern, Abgaben und Einkommen

Steuerzahlerbund vermutet "Verschwörung" bei Müllgebühren

Düsseldorf (epd). Der Bund der Steuerzahler wirft Kommunen und Abfallentsorgern in NRW bei den Kosten für die Müllverbrennung eine "Verschwörung gegen den Verbraucher" vor. Nach wie vor gebe es bei den Kosten für die Müllverbrennung gewaltige Unterschiede, kritisierte der Verbandsvorsitzende Heinz Wirtz am Dienstag in Düsseldorf. Die Verbrennungsentgelte sind erheblicher Bestandteil der Müllgebühren, die die Verbraucher zahlen müssen, teils machen sie bis zu 80 Prozent aus. Es müsse endlich "klar aus der Kalkulation hervorgehen", wie viel die Verbraucher bei den Abfallgebühren anteilig für die Müllverbrennung zahlten, forderte Wirtz.

Das höchste Verbrennungsentgelt je Gewichtstonne Hausmüll zahlte 2015 laut Steuerzahlerbund der Kreis Wesel mit 207 Euro. Darin enthalten seien allerdings auch die Gebühren für die Entsorgung von Problemstoffen. Das geringste Entgelt in Höhe von 54 Euro zahlte Mülheim an der Ruhr. Diese Angaben dürften nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Verbrennungs- und Behandlungsentgelte häufig immer noch "eine geheime Kommandosache" seien, beklagte Wirtz. Einigen Kreisen sei angeblich weder bekannt, in welchen Anlagen ihre Abfälle entsorgt werden, noch wie hoch der Entsorgungspreis sei.

Vielfach verweigerten Kreise wie Heinsberg, Siegen-Wittgenstein, Steinfurt und der Hochsauerland sowie kreisfreie Städte wie Bottrop, Essen und Gelsenkirchen schlicht die Auskunft über die Höhe der Entgelte. Diese Geheimniskrämerei sei nicht zu akzeptieren, kritisierte der Steuerzahlerbund. Wirtz erklärte, der Verband habe verwaltungsgerichtliche Eilverfahren gegen die Bottroper Entsorgung und Stadtreinigung sowie den Abfallverwertungs- und Entsorgungsbetrieb Kreis Paderborn angestrebt. Auch einzelne Bezirksregierungen seien in ihrer Funktion als Kommunalaufsicht angeschrieben worden.

Generell sind den Angaben zufolge die Abfallgebühren in NRW im Landesdurchschnitt leicht gestiegen. Der Musterhaushalt mit vier Personen und einem 120-Liter-Restmüllgefäß mit vierwöchentlicher und 120-Liter-Bioabfalltonne mit 14-täglicher Leerung zahle 207,07 statt im Vorjahr 205,59 Euro jährlich. Nur bei den wenigen Städten in NRW, die den Müll regelmäßig noch wöchentlich abfahren, habe es 2016 einen Gebührenrückgang geben. Die landesweit teuerste Stadt war den Angaben zufolge Münster mit 564 Euro, in Emsdetten zahlte der Musterhaushalt für dieselbe Leistung nur 128 Euro.
epd-West are max

Entnommen aus: EPD-Nachrichten Nr. 152 vom 09.08.2016

Kardinal Woelki fordert höhere Steuern für Reiche

Hamburg/Köln (epd). Der Kölner Erzbischof Rainer Maria Kardinal Woelki befürwortet eine Wiedereinführung der Vermögensteuer und eine "moderate" Anhebung des Spitzensteuersatzes. Der Staat müsse allen Bürgern die nötige Teilhabe ermöglichen, sagte Woelki dem in Hamburg erscheinenden "Manager Magazin" (Ausgabe: 5. Oktober). Auch bei der umstrittenen Erbschaftsteuer sollten weniger Ausnahmen zugelassen werden.

Woelki appellierte an die Vermögenden im Land, angesichts der Flüchtlingskrise und einer wachsenden sozialen Spaltung mehr gesamtgesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen. "Geld ist nicht Herr. Eigentum bedeutet vor allem eine Verpflichtung für das Allgemeinwohl", sagte Woelki.

Der Bischof beklagt eine Entsolidarisierung in Deutschland. "Viele leben zunehmend selbstbezogen und schauen nur auf den eigenen Gewinn." Aber wo die Schere zwischen Reich und Arm auseinanderklaffe, "klaffen auch die Lebenswelten auseinander, und die soziale Mobilität geht verloren". Woelki sieht den sozialen Zusammenhalt im Land gefährdet: "Wir brauchen sozialen Ausgleich - heute vielleicht mehr als je zuvor."

Auch Topmanager hält der Kardinal des mitgliederstärksten Bistums für mitverantwortlich für die soziale Krise im Land. Unternehmen wie Volkswagen oder die Deutsche Bank, die Kunden oder Aufseher betrogen hätten, um mehr Gewinn zu machen, unterhöhlen in Woelkis Augen das soziale Gefüge. "Natürlich wird dadurch eine Vertrauenskrise angefacht. Und natürlich spielt man mit solchen Verhaltensweisen Populisten, ob sie rechts oder links stehen, in die Hände."

Woelki ist seit zwei Jahren Erzbischof von Köln. Mit gut zwei Millionen Katholiken ist sein Bistum das größte Deutschlands. Nach eigenen Angaben verfügt das Erzbistum Köln über ein Vermögen von 3,4 Milliarden Euro, das vor allem aus Wertpapieren und Immobilien besteht.

epd-West fri max

Entnommen aus: EPD-Nachrichten Nr. 19 vom 6.10.2016

Bund der Steuerzahler beklagt Verschwendung in Kommunen

Düsseldorf (epd). Der Bund der Steuerzahler prangert in seinem aktuellen Schwarzbuch insgesamt 21 Fälle von öffentlicher Verschwendung in Nordrhein-Westfalen an. Der Schwerpunkt in diesem Jahr zeige, "wie die Bundesländer Unternehmer spielen - und scheitern", erklärte der Landesverband NRW am Donnerstag in Düsseldorf. Oft gehe der Staat gedankenlos mit dem Geld der Steuerzahler um. So sei etwa die NRW-Casinogesellschaft Westspiel mit einem "Betriebsausflug der Extraklasse und jährlichen Reisen zu Fachmessen rund um die Welt" negativ aufgefallen. Insgesamt halte sich NRW aber erfreulicherweise mit landeseigenen Wirtschaftsunternehmen zurück.

Als weiteres Beispiel wird im Schwarzbuch "Die öffentliche Verschwendung 2016/2017" die Fachhochschule Bielefeld genannt, deren Baukosten von 161 Millionen Euro auf knapp 280 Millionen Euro stiegen. In Bochum werde das geplante Musikzentrum rund 4,2 Millionen Euro teurer als veranschlagt. Die Stadt Dortmund gebe für eine unnötige Brücke im Rombergpark 6,6 Millionen Euro aus, hieß es. Auch der Umbau des Aquazoo in Düsseldorf gehe in die Millionen und werde statt geplanter knapp 13 Millionen mindestens 18 Millionen Euro kosten.

Der Bund der Steuerzahler kritisierte auch das Essener Fußballstadion, dessen Bau- und Betriebskosten immer höher geworden seien. Teurer geworden seien auch der Rathausumbau in Herford, die Sanierung der Burg Vogelsang in der Eifel sowie in Köln der Umbau der Oper und der Bau des Rheinboulevards. Leverkusen sei im vergangenen Jahr negativ aufgefallen mit der Anschaffung von 30 Edel-Mülleimern für die Innenstadt: Das Modell "Toluca" kostet laut Steuerzahlerbund pro Stück 1.258 Euro. Bestellung des Schwarzbuchs unter www.schwarzbuch.de oder telefonisch unter 0211/99 175-42.

epd-West mih es

Entnommen aus: EPD-Nachrichten Nr. 19 vom 6.10.2016

Sozialexperte: Lohnnebenkosten steigen auf über 50 Prozent bis 2030

Düsseldorf (epd). Der Sozialexperte Axel Börsch-Supan warnt vor einem deutlichen Anstieg der Lohnnebenkosten auf über 50 Prozent des Bruttoarbeitslohns in den kommenden Jahren. "Die Lohnnebenkosten werden von derzeit rund 40 Prozent bis 2030 auf 54 Prozent steigen müssen, wenn die Politik nicht gegensteuert", sagte Börsch-Supan der in Düsseldorf erscheinenden "Rheinischen Post" (Donnerstagsausgabe). Der Münchner Sozialexperte ist Mitglied des wissenschaftlichen Beirats beim Bundeswirtschaftsministerium.

Hintergrund des drohenden Anstiegs der Lohnnebenkosten sind steigende Renten-, Pflege- und Krankenversicherungsbeiträge aufgrund der Alterung der Bevölkerung, die sich von 2020 an beschleunigen wird, wie es weiter hieß. Zu den Lohnnebenkosten gehören nach der strengen Definition nur die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung, die sich derzeit auf 21 Prozent des Bruttolohns eines Arbeitnehmers summieren. Üblich ist jedoch, auch die Arbeitnehmerbeiträge hinzuzurechnen.

epd-West mih es

Studie: Dax-Vorstände verdienen 57 mal so viel wie Beschäftigte

Düsseldorf (epd). Vorstände von Dax-Unternehmen verdienen im Mittel 57 mal so viel wie der Durchschnitt aller weltweit Beschäftigten ihrer Firma. Die Bandbreite des Verdienstunterschieds reichte bei den 30 größten und umsatzstärksten Unternehmen in Deutschland im Jahr 2014 vom 17- bis zum 141-fachen, heißt es in einer am Donnerstag in Düsseldorf veröffentlichten Studie der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung. Um große Gehaltsunterschiede abzubauen, empfehlen die Studienautorinnen eine Veröffentlichungspflicht.

Die Studie betrachtet die sogenannte Manager to Worker Pay Ratio. Die Autorinnen Marion Weckes und Qendresha Berisha verglichen dafür die Gesamtaufwendungen für das Personal weltweit in den Geschäftsberichten der 30 Dax-Unternehmen für die Jahre 2005, 2008, 2011 und 2014. Angaben nur für Beschäftigte in Deutschland waren den Angaben zufolge nicht durchgängig verfügbar.

Den Ergebnissen zufolge ist der Abstand zwischen Topmanagern und durchschnittlichen Beschäftigten in den vergangenen zehn Jahren deutlich gestiegen. Verdienten Vorstandsmitglieder im Jahr 2005 noch durchschnittlich 42 mal so viel wie Beschäftigte, war es 2011 das 62-fache und 2014 das 57-fache. Die Spanne reiche vom 17-fachen bei Beiersdorf bis zum 141-fachen Einkommen bei Volkswagen, erklärte die Böckler-Stiftung. Zwischen 2011 und 2014 wuchs der Abstand in zwölf Unternehmen, in 13 ging er zurück.

Konzerne mit einem hohen Gehaltsunterschied hätten häufig einen hohen Umsatz, Gewinn und Beschäftigungswachstum, hieß es in der Studie. Dieser Zusammenhang gelte aber nicht immer. So steige die Relation zwischen Vorstands- und Beschäftigten-Gehältern auch, wenn ein Unternehmen etwa Neueinstellungen niedriger entlohne oder Beschäftigung ins Ausland verlagere.

Die Studienautoren raten, eine Veröffentlichungspflicht für die Gehaltsrelation im Deutschen Corporate Governance Kodex zu verankern. Diese Selbstverpflichtung zu einer verantwortungsvollen Unternehmensführung empfehle zwar seit 2013, dass Aufsichtsräte über die Gehaltsunterschiede zwischen Vorstand und Beschäftigten sprechen sollen, hieß es. Eine Veröffentlichung ist aber nicht vorgesehen.

In den USA dagegen müssten Firmen den Wert ab dem kommenden Jahr publizieren, hieß es weiter. Es bleibe abzuwarten, ob dies die Gehaltsabstände reduzieren werde, die in den USA noch weitaus größer seien: Nach Angaben der Böckler-Stiftung verdient ein Vorstandsvorsitzender dort durchschnittlich das 335-fache des Lohn seiner Angestellten.

epd-West max es
Entnommen aus: EPD-Nachrichten Nr. 19 vom 6.10.2016

Steuerzahlerbund vermutet "Verschwörung" bei Müllgebühren

Düsseldorf (epd). Der Bund der Steuerzahler wirft Kommunen und Abfallentsorgern in NRW bei den Kosten für die Müllverbrennung eine "Verschwörung gegen den Verbraucher" vor. Nach wie vor gebe es bei den Kosten für die Müllverbrennung gewaltige Unterschiede, kritisierte der Verbandsvorsitzende Heinz Wirtz am Dienstag in Düsseldorf. Die Verbrennungsentgelte sind erheblicher Bestandteil der Müllgebühren, die die Verbraucher zahlen müssen, teils machen sie bis zu 80 Prozent aus. Es müsse endlich "klar aus der Kalkulation hervorgehen", wie viel die Verbraucher bei den Abfallgebühren anteilig für die Müllverbrennung zahlten, forderte Wirtz.

Das höchste Verbrennungsentgelt je Gewichtstonne Hausmüll zahlte 2015 laut Steuerzahlerbund der Kreis Wesel mit 207 Euro. Darin enthalten seien allerdings auch die Gebühren für die Entsorgung von Problemstoffen. Das geringste Entgelt in Höhe von 54 Euro zahlte Mülheim an der Ruhr. Diese Angaben dürften nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Verbrennungs- und Behandlungsentgelte häufig immer noch "eine geheime Kommandosache" seien, beklagte Wirtz. Einigen Kreisen sei angeblich weder bekannt, in welchen Anlagen ihre Abfälle entsorgt werden, noch wie hoch der Entsorgungspreis sei.

Vielfach verweigerten Kreise wie Heinsberg, Siegen-Wittgenstein, Steinfurt und der Hochsauerland sowie kreisfreie Städte wie Bottrop, Essen und Gelsenkirchen schlicht die Auskunft über die Höhe der Entgelte. Diese Geheimniskrämerei sei nicht zu akzeptieren, kritisierte der Steuerzahlerbund. Wirtz erklärte, der Verband habe verwaltungsgerichtliche Eilverfahren gegen die Bottroper Entsorgung und Stadtreinigung sowie den Abfallverwertungs- und Entsorgungsbetrieb Kreis Paderborn angestrebt. Auch einzelne Bezirksregierungen seien in ihrer Funktion als Kommunalaufsicht angeschrieben worden.

Generell sind den Angaben zufolge die Abfallgebühren in NRW im Landesdurchschnitt leicht gestiegen. Der Musterhaushalt mit vier Personen und einem 120-Liter-Restmüllgefäß mit vierwöchentlicher und 120-Liter-Bioabfalltonne mit 14-täglicher Leerung zahle 207,07 statt im Vorjahr 205,59 Euro jährlich. Nur bei den wenigen Städten in NRW, die den Müll regelmäßig noch wöchentlich abfahren, habe es 2016 einen Gebührenrückgang geben. Die landesweit teuerste Stadt war den Angaben zufolge Münster mit 564 Euro, in Emsdetten zahlte der Musterhaushalt für dieselbe Leistung nur 128 Euro.

epd-West are max

Entnommen aus: EPD-Nachrichten Nr. 152 vom 09.08.2016

Kardinal Woelki fordert höhere Steuern für Reiche

Hamburg/Köln (epd). Der Kölner Erzbischof Rainer Maria Kardinal Woelki befürwortet eine Wiedereinführung der Vermögensteuer und eine "moderate" Anhebung des Spitzensteuersatzes. Der Staat müsse allen Bürgern die nötige Teilhabe ermöglichen, sagte Woelki dem in Hamburg erscheinenden "Manager Magazin" (Ausgabe: 5. Oktober). Auch bei der umstrittenen Erbschaftsteuer sollten weniger Ausnahmen zugelassen werden.

Woelki appellierte an die Vermögenden im Land, angesichts der Flüchtlingskrise und einer wachsenden sozialen Spaltung mehr gesamtgesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen. "Geld ist nicht Herr. Eigentum bedeutet vor allem eine Verpflichtung für das Allgemeinwohl", sagte Woelki.

Der Bischof beklagt eine Entsolidarisierung in Deutschland. "Viele leben zunehmend selbstbezogen und schauen nur auf den eigenen Gewinn." Aber wo die Schere zwischen Reich und Arm auseinanderklaffe, "klaffen auch die Lebenswelten auseinander, und die soziale Mobilität geht verloren". Woelki sieht den sozialen Zusammenhalt im Land gefährdet: "Wir brauchen sozialen Ausgleich - heute vielleicht mehr als je zuvor."

Auch Topmanager hält der Kardinal des mitgliederstärksten Bistums für mitverantwortlich für die soziale Krise im Land. Unternehmen wie Volkswagen oder die Deutsche Bank, die Kunden oder Aufseher betrogen hätten, um mehr Gewinn zu machen, unterhöhlen in Woelkis Augen das soziale Gefüge. "Natürlich wird dadurch eine Vertrauenskrise angefacht. Und natürlich spielt man mit solchen Verhaltensweisen Populisten, ob sie rechts oder links stehen, in die Hände."

Woelki ist seit zwei Jahren Erzbischof von Köln. Mit gut zwei Millionen Katholiken ist sein Bistum das größte Deutschlands. Nach eigenen Angaben verfügt das Erzbistum Köln über ein Vermögen von 3,4 Milliarden Euro, das vor allem aus Wertpapieren und Immobilien besteht.

epd-West fri max

Entnommen aus: EPD-Nachrichten Nr. 19 vom 6.10.2016

Bund der Steuerzahler beklagt Verschwendung in Kommunen

Düsseldorf (epd). Der Bund der Steuerzahler prangert in seinem aktuellen Schwarzbuch insgesamt 21 Fälle von öffentlicher Verschwendung in Nordrhein-Westfalen an. Der Schwerpunkt in diesem Jahr zeige, "wie die Bundesländer Unternehmer spielen - und scheitern", erklärte der Landesverband NRW am Donnerstag in Düsseldorf. Oft gehe der Staat gedankenlos mit dem Geld der Steuerzahler um. So sei etwa die NRW-Casinogesellschaft Westspiel mit einem "Betriebsausflug der Extraklasse und jährlichen Reisen zu Fachmessen rund um die Welt" negativ aufgefallen. Insgesamt halte sich NRW aber erfreulicherweise mit landeseigenen Wirtschaftsunternehmen zurück.

Als weiteres Beispiel wird im Schwarzbuch "Die öffentliche Verschwendung 2016/2017" die Fachhochschule Bielefeld genannt, deren Baukosten von 161 Millionen Euro auf knapp 280 Millionen Euro stiegen. In Bochum werde das geplante Musikzentrum rund 4,2 Millionen Euro teurer als veranschlagt. Die Stadt Dortmund gebe für eine unnötige Brücke im

Rombergpark 6,6 Millionen Euro aus, hieß es. Auch der Umbau des Aquazoo in Düsseldorf gehe in die Millionen und werde statt geplanter knapp 13 Millionen mindestens 18 Millionen Euro kosten.

Der Bund der Steuerzahler kritisierte auch das Essener Fußballstadion, dessen Bau- und Betriebskosten immer höher geworden seien. Teurer geworden seien auch der Rathausumbau in Herford, die Sanierung der Burg Vogelsang in der Eifel sowie in Köln der Umbau der Oper und der Bau des Rheinboulevards. Leverkusen sei im vergangenen Jahr negativ aufgefallen mit der Anschaffung von 30 Edel-Mülleimern für die Innenstadt: Das Modell "Toluca" kostet laut Steuerzahlerbund pro Stück 1.258 Euro. Bestellung des Schwarzbuchs unter www.schwarzbuch.de oder telefonisch unter 0211/99 175-42.

epd-West mih es

Entnommen aus: EPD-Nachrichten Nr. 19 vom 6.10.2016

Sozialexperte: Lohnnebenkosten steigen auf über 50 Prozent bis 2030

Düsseldorf (epd). Der Sozialexperte Axel Börsch-Supan warnt vor einem deutlichen Anstieg der Lohnnebenkosten auf über 50 Prozent des Bruttoarbeitslohns in den kommenden Jahren. "Die Lohnnebenkosten werden von derzeit rund 40 Prozent bis 2030 auf 54 Prozent steigen müssen, wenn die Politik nicht gegensteuert", sagte Börsch-Supan der in Düsseldorf erscheinenden "Rheinischen Post" (Donnerstagsausgabe). Der Münchner Sozialexperte ist Mitglied des wissenschaftlichen Beirats beim Bundeswirtschaftsministerium.

Hintergrund des drohenden Anstiegs der Lohnnebenkosten sind steigende Renten-, Pflege- und Krankenversicherungsbeiträge aufgrund der Alterung der Bevölkerung, die sich von 2020 an beschleunigen wird, wie es weiter hieß. Zu den Lohnnebenkosten gehören nach der strengen Definition nur die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung, die sich derzeit auf 21 Prozent des Bruttolohns eines Arbeitnehmers summieren. Üblich ist jedoch, auch die Arbeitnehmerbeiträge hinzuzurechnen.

epd-West mih es

Studie: Dax-Vorstände verdienen 57 mal so viel wie Beschäftigte

Düsseldorf (epd). Vorstände von Dax-Unternehmen verdienen im Mittel 57 mal so viel wie der Durchschnitt aller weltweit Beschäftigten ihrer Firma. Die Bandbreite des Verdienstunterschieds reichte bei den 30 größten und umsatzstärksten Unternehmen in Deutschland im Jahr 2014 vom 17- bis zum 141-fachen, heißt es in einer am Donnerstag in Düsseldorf veröffentlichten Studie der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung. Um große Gehaltsunterschiede abzubauen, empfehlen die Studienautorinnen eine Veröffentlichungspflicht.

Die Studie betrachtet die sogenannte Manager to Worker Pay Ratio. Die Autorinnen Marion Weckes und Qendresha Berisha verglichen dafür die Gesamtaufwendungen für das Personal weltweit in den Geschäftsberichten der 30 Dax-Unternehmen für die Jahre 2005, 2008, 2011 und 2014. Angaben nur für Beschäftigte in Deutschland waren den Angaben zufolge nicht durchgängig verfügbar.

Den Ergebnissen zufolge ist der Abstand zwischen Topmanagern und durchschnittlichen Beschäftigten in den vergangenen zehn Jahren deutlich gestiegen. Verdienten Vorstandsmitglieder im Jahr 2005 noch durchschnittlich 42 mal so viel wie Beschäftigte, war es 2011 das 62-fache und 2014 das 57-fache. Die Spanne reiche vom 17-fachen bei Beiersdorf bis zum 141-fachen Einkommen bei Volkswagen, erklärte die Böckler-Stiftung. Zwischen 2011 und 2014 wuchs der Abstand in zwölf Unternehmen, in 13 ging er zurück.

Konzerne mit einem hohen Gehaltsunterschied hätten häufig einen hohen Umsatz, Gewinn und Beschäftigungswachstum, hieß es in der Studie. Dieser Zusammenhang gelte aber nicht immer. So steige die Relation zwischen Vorstands- und Beschäftigten-Gehältern auch, wenn ein Unternehmen etwa Neueinstellungen niedriger entlohne oder Beschäftigung ins Ausland verlagere.

Die Studienautoren raten, eine Veröffentlichungspflicht für die Gehaltsrelation im Deutschen Corporate Governance Kodex zu verankern. Diese Selbstverpflichtung zu einer verantwortungsvollen Unternehmensführung empfehle zwar seit 2013, dass Aufsichtsräte über die Gehaltsunterschiede zwischen Vorstand und Beschäftigten sprechen sollen, hieß es. Eine Veröffentlichung ist aber nicht vorgesehen.

In den USA dagegen müssten Firmen den Wert ab dem kommenden Jahr publizieren, hieß es weiter. Es bleibe abzuwarten, ob dies die Gehaltsabstände reduzieren werde, die in den USA noch weitaus größer seien: Nach Angaben der Böckler-Stiftung verdient ein Vorstandsvorsitzender dort durchschnittlich das 335-fache des Lohn seiner Angestellten.

entnommen aus: EPD-Nachrichten Nr. 19 vom 6.10.2016